Ä128 Aus alt mach neu: Kohleausstieg und Strukturwandel

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 15.11.2018

Änderungsantrag zu 1.5

Von Zeile 8 bis 9:
Die „Kohlekommission“ auf Bundesebene wurde mit Aufgaben überfrachtet. Ob bzw. wann und mit welchen konkreten Festsetzungen der von ihr vorzulegende Kohleausstiegs-Fahrplan von Bundesregierung und Bundestag beschlossen wird, ist noch offen. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf ~~und auch die Verkleinerung genehmigter~~. Zudem wollen wir bereits genehmigte Tagebaue verkleinern, wie es zum Beispiel unter grüner Regierungsbeteiligung in ~~Betracht gezogen werden muss~~Nordrhein-Westfalen schon geschehen ist. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des Tagebaus Welzow Süd II ein. Zudem wollen wir alles dafür tun, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd EUR allein für die Lausitz - trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen.

Begründung

Braunkohletagebaue sind die Brutstätten des Klimawandels. Wir wollen die Förderung des weltweit dreckigsten zur Stromgewinnung genutzten Energieträgers maximal reduzieren. Was in anderen Kohle-Bundesländern möglich ist, funktioniert auch in Brandenburg: Wir wollen die Verkleinerung bereits genehmigter Tagebaue angehen!